

DIE WELTWOCHHE

Mit roter Hilfe zum roten Pass

Die Masseneinwanderung führt zum allseits sichtbaren Dichtestress. Die darauf etwas verzögert, aber zuverlässig folgenden Masseneinbürgerungen haben subtilere Konsequenzen: Sie führen zur Umwälzung der Politik.

Christoph Mörgeli

Es war eine patriotische Botschaft der anderen Art, die SP-Exponenten am diesjährigen Nationalfeiertag verkündet haben. Sie riefen die hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer auf, sich einbürgern zu lassen. Die roten - Augustredner versprochen, den potenziellen Neubürgern bei den Formalitäten des Einbürgerungsverfahrens zur Hand zu gehen. Dazu stellen sich mehrere Dutzend «Einbürgerungsberater» zur Verfügung, darunter so prominente wie SP-Präsident Christian Levrat und Fraktionschef Roger Nordmann. Die Jungsozialisten lancieren derweil sogenannte Mitbestimmungsinitiativen zur Teilnahme der Ausländer am lokalen Stimmrecht.

Selbstverständlich erfolgen solche Bürgerinitiativen im eigentlichen Sinne des Wortes nicht ohne Absicht.

Die Linke erhofft sich von den vielen Eingebürgerten viele linke Stimmen. Zwar weiss man in den SP-Zentralen genau, dass eine sozialdemokratische Einschleusehilfe eigentlich nicht im Sinne des Erfinders wäre: Von gut integrierten Neubürgern würde man erwarten, dass sie die entsprechenden Formulare in unseren Landessprachen selbständig ausfüllen können. Doch je bildungsferner und schlechter integriert die Neuschweizer sind – so die durchaus schlüssige Folgerung der SP –, desto mehr erwarten sie Heil und Hilfe von der öffentlichen Hand. Für viele Zuwanderer aus dem Balkan, der Türkei und aus Südeuropa bedeutet der Staat weniger eine Solidargemeinschaft von uns allen als ein Selbstbedienungsladen, bei dem man alles abholt, was immer ein gut ausgebautes Sozialwesen zur Verfügung stellt. Unsere Gewerkschaften könnten ohne die Südeuropäer ihre Pforten schliessen. Gewerkschaftsfunktionäre heissen hierzulande weder Maurer noch Schmid und neuerdings auch nicht mehr Burger, sondern Pardini, Alleva, Ferrari, Fedele, Schiavi oder, besonders bezeichnend, Polito.

Neubürger wählen links

Masseneinwanderung und Masseneinbürgerungen sind tatsächlich durch und durch politisch. Denn das Ausländerproblem löst man am elegantesten, wenn man es einfach einbürgert. Es ist das erklärte Ziel der Linken, den Ausländeranteil durch «Vereinfachung» des Einbürgerungsverfahrens zu senken. Sie bekämpfen die traditionellen demokratischen Einbürgerungsentscheide und rufen nach dem

Verwaltungsakt: Behörden sollen schematisch entscheiden, nicht die Stimmbürger von Fall zu Fall.

In den vergangenen 25 Jahren ist daher die Zahl der Einbürgerungen sprunghaft angestiegen. 1991 wurden noch 5872 Menschen eingebürgert. Diese Zahl erreichte 2006 als Folge der Masseneinwanderung aus dem Balkan der neunziger Jahre einen Allzeitrekord von 47 607, ging dann leicht zurück, um 2015 wieder 42 699 Einbürgerungen zu erreichen. Seit 1990 sind nicht weniger als 800 000 Ausländerinnen und Ausländer Schweizer geworden.

Der Politologe Oliver Strijbis hat aufgezeigt, dass 24 Prozent der Wähler mit Migrationshintergrund bei den eidgenössischen Wahlen 2011 die SP gewählt haben; diese Partei erreichte indessen damals nur 18,7 Prozent. Demgegenüber entschieden sich bei den Wählern mit Migrationshintergrund nur gerade 22 Prozent für die SVP, während diese bei geborenen Schweizern zu 28 Prozent Zuspruch fand. Je diskriminierter sich eine frühere Ausländergruppe fühlte, desto linker präsentierte sich ihr Wahlzettel, speziell bei einer Herkunft aus Ex-Jugoslawien, der Türkei sowie aus muslimischen und schwarzafrikanischen Staaten.

Interessant wäre eine Untersuchung des Abstimmungsverhaltens der Neubürger aus den westlichen EU-Staaten, speziell der Deutschen, die sich wesentlich häufiger einbürgern lassen, seit die Bundesrepublik eine Doppelbürgerschaft erlaubt. Es ist wohl mehr als eine Vermutung, dass eingebürgerte Deutsche Fragen der internationalen Öffnung und der EU-Integration positiver beurteilen als die gebürtigen Schweizer. Zweifellos wären aussenpolitische Urnengänge ohne die grosse Zahl an Einbürgerungen zehn Jahre früher noch gegenteilig herausgekommen: So wurde der Beitritt zur politischen Uno 2002 knapp befürwortet, während dieselbe Vorlage 1986 noch sämtliche Kantone und eine satte Mehrheit von 75,7 Prozent abgelehnt haben. Zwar wäre hier auch ein Sinneswandel bei den indigenen Schweizern zu berücksichtigen. Ganz klar liegt indessen der Fall bei der Zustimmung zum Schengen/Dublin-Vertrag. Was 2005 die Gnade des Volkes fand, wäre zehn Jahre zuvor ohne Einbürgerungen noch klar gescheitert.

Schweizer Pass als Sonderfall

Nicht nur die ordentlichen Einbürgerungen sind zwischen 2014 und 2015 gemäss Erhebungen des Staatssekretariats für Migration von 23 895 auf 31 166 und damit so stark angestiegen wie seit fünf Jahren nicht mehr. Auch die Einbürgerungen von Ehepartnern von Schweizern oder ausländischer Kinder mit einem Schweizer Elternteil stehen mit 9400 Fällen auf einem Allzeithoch. Die meisten Neuschweizer stammen übrigens aus Portugal und Italien, woraus geschlossen werden kann, dass die Anforderungen an die Sprachkenntnisse nicht ganz so hoch sind, wie der Präsident der Eidgenössischen Ausländerkommission jammerte. Der Schweizer Pass ist in zweierlei Hinsicht ein gewisser Sonderfall: Erstens gestattet er direktdemokratische Mitbestimmungsrechte, wie es sie sonst weltweit nirgends gibt. Zweitens erlaubt er visumfreie Einreisen in derzeit 172 Staaten der Welt. Weniger zu empfehlen wäre diesbezüglich der afghanische Pass, mit dem die Inhaber ohne Visum nur gerade 25 Länder bereisen dürfen.

Im Grunde ist es erstaunlich, dass die SVP mit allen Mitteln gegen die Masseneinwanderung kämpft, der gleichzeitig stattfindenden Masseneinbürgerung aber nichts entgegensetzt. Am 12. Februar 2017 dürfte eine Vorlage zur erleichterten Einbürgerung der dritten Generation wohl ohne grossen Widerstand an der Urne durchgewinkt werden – obwohl diese den Anteil gerade muslimischer Stimmbürger markant erhöht, weshalb wir zu vielen Mitbürgern mit völlig anderen

Rechtsvorstellungen kommen. Darum sind die Einbürgerungen letztlich noch relevanter als die Zuwanderung; die Belastung der Infrastrukturen ist das eine, die mögliche Umwälzung der politischen Entscheide, ja des ganzen politischen Erfolgsmodells der Schweiz ist das andere.

Der liberale Staatsrechtslehrer Zaccaria Giacometti hat in seiner Zürcher Rektoratsrede von 1954 ausgeführt, wie wichtig es für die Demokratie als Hüterin der Menschenrechte sei, dass eine freiheitliche Wertvorstellung als Tradition nachwirke, «dass also die vorausgegangene Generation der lebenden Generation einen Schatz an freiheitlichen politischen Vorstellungen, Anschauungen und Erfahrungen überliefert hat». Eine solche Überlieferung muss man bei den heute betriebenen Einbürgerungen weitgehend vergessen. Die Masseneinwanderung gefährdet das generationenweise Hineinwachsen in die direktdemokratische Verantwortung. Und damit nicht weniger als unsere Freiheit.